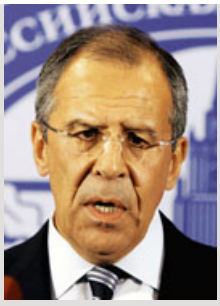
PIRATERIE

Ein Schiff des Kreml?



ALEXANDER ZEMLIANICHENKO / AP (O.); DPA (U.); SOVFRACHT / DPA (R.)

Lawrow, russische S-300-Luftabwehrrakete, Frachter „Arctic Sea“

Der am 24. Juli angeblich von Piraten entführte Frachter „Arctic Sea“ soll nach Moskauer Angaben nun doch nicht in den russischen Hafen Nowo-rossiisk einlaufen, sondern in Las Palmas an Malta übergeben werden. Die russische Kriegsmarine hatte das unter maltesischer Flagge fahrende Schiff Mitte August im Atlantik aufgebracht und seither auf offener See dessen Ladung untersucht – angeblich sei keinerlei verbotene Fracht an Bord gewesen. In der Moskauer Geheimdienstzentrale Lubjanka macht indessen eine Version die Runde, hinter der Schiffseignerfirma Solchart stehe in Wahrheit das staatliche Großunternehmen Sowkomflot; die Staatsreederei bestreitet das vehement. Mit ihren 141 Schiffen gilt sie „als Futterkrippe von Spitzenbeamten des Kreml“, so ein Oberst. Den Aufsichtsrat führt Sergej Naryschkin, im Kreml Leiter der Präsidentenadministration. Die staatliche Transportbranche hat in Russland den Ruf, besonders korruptionsdurchsetzt zu sein. Die Furcht des Kreml vor Erpressern könnte erklären, warum Russlands Marine die „Arctic Sea“ mit einer Fregatte aufbringen ließ. Dass der Frachter Luftabwehrraketen vom Typ S-300 für Iran geladen hatte, wie israelische Journalisten unter Berufung auf den Geheimdienst Mossad behaupteten, dementierte Moskaus Außenminister Sergej Lawrow vorige Woche. Doch hatte ein solcher Verdacht zuvor vom obersten Ermittler des Landes neue Nahrung erhalten. Alexander Bastrykin, Chef des Ermittlungskomitees bei der Generalstaatsanwaltschaft und Studienfreund von Premier Wladimir Putin, wollte „nicht die Variante ausschließen, dass sich an Bord nicht nur Holz befand“. Wahr ist, dass sich Irans Militärs angesichts angedrohter israelischer Luftangriffe auf Nuklearanlagen für die S-300 interessieren; unstrittig ist auch, dass Israel versucht, einen solchen Deal mit allen Mitteln zu verhindern. Diesem Zweck diente womöglich ein heimlicher Blitzbesuch des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu in Moskau am Montag vergangener Woche. Russlands Waffenhändler vom Staatskonzern Rosoboronexport schätzen die Iraner als gut zahlende Großkunden. So verkauften sie ihnen Luftabwehrraketen mittlerer Reichweite vom Typ Buk-1. Ende 2005 vereinbarte Moskau mit Teheran den Verkauf von 29 Tor-M1-Raketen zum Schutz des Luftraums für 700 Millionen Dollar. Doch eine Lieferung von S-300-Raketen, beteuert der Konzern, sei mit Iran nicht vereinbart worden. Auch nicht, als Irans Verteidigungsminister im Februar Rosoboronexport einen Besuch abstattete. Russische Experten gehen davon aus, dass die acht Piraten Hintermänner hatten. Sechs der angeblichen Seeräuber gehören zum kleinkriminellen Milieu des überwiegend von Russen bewohnten Viertels Lasnamäe der estnischen Hafenstadt Tallinn. Dass sie auf eigene Faust agierten, schließen die Ermittler aus. Als ebenso ausgeschlossen gilt aber auch, dass die Ermittler unter Federführung des Putin-Vertrauten Bastrykin zu anderen Ergebnissen kommen als jenen, die im Kreml gewünscht werden.

PAKISTAN

„Gezielte Verschwörung“

Nawaz Sharif, 59, Ex-Premier und Chef der oppositionellen Muslimliga, über Kontakte zu Osama Bin Laden

RAHAT DAR / DPA

SPIEGEL: Derzeit häufen sich die Vorwürfe, Pakistans politische Kaste arbeite bei Bedarf mit Islamisten zusammen. Auch Sie stehen in der Kritik. Der frühere Geheimdienstler Khalid Khwaja sagt, Osama Bin Laden persönlich habe Sie der saudi-arabischen Königsfamilie vorgestellt. Khwaja will mindestens fünf Treffen zwischen Ihnen und Bin Laden organisiert haben. Sie hätten den späteren Qaida-Chef gebeten, Pakistanern in Saudi-Arabien Jobs zu geben und Entwicklungsprojekte in Pakistan zu übernehmen.

Sharif: So etwas kommentiere ich nicht. Offenkundig ist, dass bestimmte Leute momentan versuchen, uns Politiker zu diskreditieren – eine gezielte Veschwörung.

SPIEGEL: Steckt Indien dahinter?

Sharif: Ich sehe keine ausländischen Hintermänner. Indien und Pakistan sollten sich bald wieder zusammensetzen und mit dem Friedensdialog fortfahren.

SPIEGEL: Jetzt meldete sich Ex-Präsident Pervez Musharraf aus dem Exil. Er erinnerte an das Versprechen, ein von Ihnen gewünschtes Verfahren wegen Amtsmissbrauchs gegen ihn zurückzuziehen. Offenbar will er heimkehren.

Sharif: Ich habe ihm nichts versprochen, nicht einmal vage. Schauen Sie sich Musharraf doch an! Ein Diktator in Uniform, der geflohen ist und nicht den Mut hat, für seine Taten einzustehen.

SPIEGEL: Ab 30. November läuft jene Sperrfrist ab, nach der er wieder für ein öffentliches Amt kandidieren kann.

Sharif: Ach ja? Und wer würde ihm seine Stimme geben? Leute wie er, die unsere Verfassung manipuliert und den obersten Richter entmachtet haben, müssen vor Gericht. Ob man dabei allerdings auf seinen Nachfolger Zardari zählen kann, dessen bin ich nicht sicher.